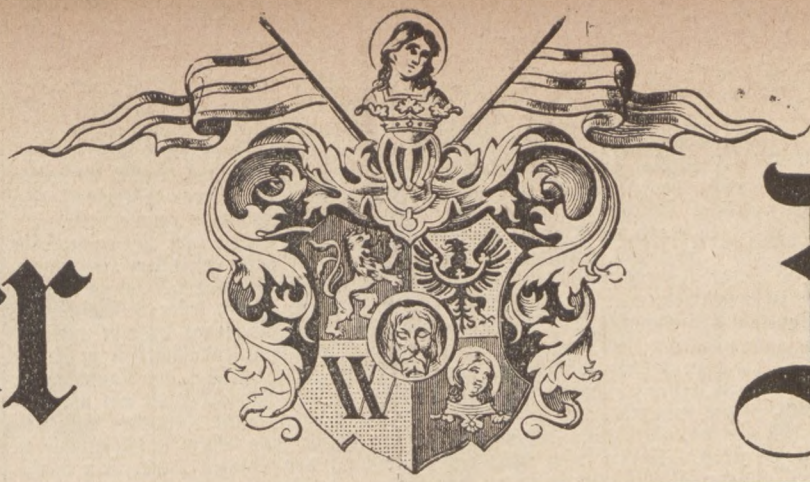


Vierteljährlicher Abonnementspreis
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto
2 Thaler 11/4 Sgr. Insektionsgebühr für den
Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck
1/4 Sgr.

Breslauer



Zeitung.

Expedition: Herrenstraße 12 20.
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten
Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal
erscheint.

No. 38. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Montag den 23. Januar 1860.

Telegraphische Depeschen.

London, 22. Januar, Vorm. Es wird versichert, daß die von dem Ministerium einzubringende Reformbill das Wahlrecht in den Städten auf diejenigen, welche einen jährlichen Miethzins von 6 Pfd. zahlen, ausdehnen will. Auf dem Lande soll das Wahlrecht von nicht so niedrigen Sätzen abhängig sein. Die gegenwärtige Zahl der Vertreter gewisser Wahlbezirke soll vermindert werden, wodurch 26 neue Wahlbezirke entstehen würden.

Wien, 22. Januar, Abends. Verona mit dem ganzen Festungsrayon ist in Belagerungszustand versetzt worden. In den Emilia-Provinzen finden die Provinzial- und Gemeindevahlen Anfangs Februar statt.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 21. Januar. Nach dem heutigen „Dresdner Journal“ steht die Bearbeitung eines neuen sächsischen Gewerbe-Gesetz-Entwurfs auf liberaler Basis, dem österreichischen Gewerbe-Gesetz sich anschließend, bevor. Nach demselben Blatte wird der Anschluß von Oesterreich und Württemberg an den preussischen Antrag, die Bundeskriegsverfassung betreffend, bestritten.

London, 20. Januar. Dem telegraph. Bureau von Reuter wird aus Paris vom heutigen Tage gemeldet, daß Adolph Barrot als Gesandter nach Konstantinopel gehen, der Herzog von Grammont in dessen Stellung als Gesandter beim Hofe von Madrid versetzt und Fürst Latour d'Auvergne zum Gesandten in Rom ernannt werde. — Nach der pariser Correspondenz der heutigen „Times“ wird die Unterzeichnung des Handelsvertrages zwischen England und Frankreich stündlich erwartet; Lord Cowley sei mit den erforderlichen Vollmachten vollständig versehen.

London, 21. Januar. Kapitän Harrison vom „Great Eastern“ ist ertrunken.

Preußen.

Berlin, 21. Januar. [Amtliches.] Se. königl. Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen ist nach Dresden abgereist.

Der Baumeister Johann Heinrich Carl Michaelis zu Boppard ist zum königlichen Wasserbaumeister ernannt und demselben die technische Hilfsarbeiter-Stelle bei der Rheinstrom-Bau-Verwaltung in Koblenz verliehen.

Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Maj. des Königs, allergnädigst geruht: Dem Major von Schmeling im 24. Infanterie-Regiment, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Kaisers von Oesterreich Majestät ihm verliehenen Ritter-Kreuzes des Leopold-Ordens, so wie dem Geheimen Bergrath Noeggerath zu Bonn zur Anlegung des von des Großherzogs von Baden königliche Hoheit ihm verliehenen Ritter-Kreuzes des Jähringer Löwen-Ordens zu erteilen.

(Militär-Wochenblatt.) Vogel, Br.-Lt. vom Kadetten-Korps, unter Beförderung zum Hauptmann in das 26. Infanterie-Regiment versetzt. von Pawel, Oberst-Lieutenant vom Generalstabe des achten Armeekorps zum Chef des Generalstabes des fünften Armeekorps ernannt. Stein von Kaminski, Major vom großen Generalstabe, zum Generalstabe des achten Armeekorps versetzt. Weib, Major, aggregirt dem Generalstabe der Armee, unter Beförderung bei dem großen Generalstabe, in den Etat des Generalstabes der Armee einrangirt. v. Petersdorff, Sec.-Lieut. vom 21. in das 31. Infanterie-Regiment versetzt. v. Franke, Oberst und Kommandeur des 31. Infanterie-Regiments, Sekens, Hauptmann vom 17. Infanterie-Regiment und Adjutant beim General-Kommando des fünften Armeekorps, beide auf drei Monate zur Dienstleistung beim Kriegsministerium kommandirt. Förstner von der Hölle, Sec.-Lieutenant a. D., mit dem Charakter als Prem.-Lieut., früher im 12. Infanterie-Regiment in der 8. Gendarmarie-Brigade angestellt. Serger, Prem.-Lieut. a. D., zuletzt im 3. Bat. 32. Regts., der Charakter als Hauptm. verliehen. Avenarius, Garnison-Verwaltungs-Ober-Inspektor in Mainz, zum Direktor ernannt. Hoffmann, Ober-Feuerwerker vom 6. Art.-Regt., von der interimistischen Wahrnehmung der Lazareth-Inspektor-Stelle in Breslau entbunden. Ziebolds, Ober-Feuerwerker vom 6. Art.-Regt., als interim. Lazareth-Inspektor in Breslau angestellt. Wasserfall, Garnison-Verwaltungs-Ober-Inspektor in Thorn, Wof, kontrolirender Kasernen-Inspektor in Trier, nach Rastatt versetzt. Boeis, Zahlmeister vom 30. Inf.-Regt., als interim. Kasernen-Inspektor in Rastatt angestellt. Dergodi, Lazareth-Inspektor in Jülich, nach Rastatt, Kurowski, Lazareth-Inspektor in Graubenz, nach Jülich, Weis, Kasernen-Inspektor in Berlin, zur Wahrnehmung der Lazareth-Inspektor-Stelle nach Graubenz versetzt. Sasse, Zahlmeister 2. Klasse, von der Central-Turn-Anstalt zum 1. Bat. (Berlin) 2ten Garde-Landw.-Regts. versetzt. Meyer, Zahlmeister-Aspirant vom Garde-Art.-Regt., zum Zahlmeister 2. Klasse bei der Central-Turn-Anstalt ernannt. Päch, Intendantur-Sekretär vom 6. Armeekorps, zu der Intendantur des Garde-Korps versetzt. Schildbach, Rechnungsrath, Geh. expedirender Sekretär im Kriegs-Ministerium, mit Pension in den Ruhestand versetzt. Schäfer, Intendantur-Sekretär vom Garde-Korps, zum Geh. expedirenden Sekretär und Kalkulator im Kriegs-Ministerium ernannt.

Berlin, 21. Januar. [Die Konferenz wegen der Küsten-befestigung] wurde, wie wir bereits angekündigt, gestern nach Unterzeichnung des Protokoll geschlossen. Es wird jetzt eine Prüfung des Terrains für die zu treffenden Verteidigungs-Maßregeln stattfinden, und alsdann von Seiten Preußens der Bundesversammlung eine betreffende Vorlage, unter anderem auch wegen der von einigen Staaten aufzubringenden Kosten unterbreitet werden.

Die Gesetzesvorlage, die Berg- und Hütten-Arbeiter betreffend, enthält im Wesentlichen folgende Bestimmungen:

§ 1. Die Abschließung der Verträge über die Arbeit bei dem, unter der Aufsicht der Berg-Behörde stehenden Bergbau, ist nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes dem freien Uebereinkommen zwischen dem Eigentümer des Bergwerks und den Bergleuten überlassen. Eine Mitwirkung der Berg-Behörde bei der Festsetzung und Zahlung des Arbeitslohnes und bei der Beschäftigung findet nicht statt. § 2. Die Berg-Behörde bestätigt die von den Bergwerks-Eigentümern für ihre Werke erlassenen Arbeits-Ordnungen. § 3. Das Vertragsverhältnis zwischen den Berg-Eigentümern und den Bergleuten kann, wenn nicht ein Anderes verabredet ist, durch eine, jedem Theile freistehende vierzehn Tage vorher zu erklärende Kündigung aufgelöst werden. Aus § 4. Vor Ablauf der vertragmäßigen Zeit und ohne vorhergegangene Aufkündigung können Bergleute die Arbeit verlassen: 1) wenn hergegangene Aufkündigung der Arbeit unsäglich werden; 2) wenn der Bergwerks-Eigentümer oder dessen Vertreter sich thätlich an ihnen vergreift; 3) wenn er ihnen den versprochenen Lohn oder die sonstigen Gegenleistungen ohne genügende Vercausung vorenthält. § 5. Streitigkeiten der Bergwerks-Eigentümer mit den Bergleuten, welche sich auf den Antritt, die Fortsetzung oder Aufhebung des Arbeits-Verhältnisses oder auf die gegenseitigen Leistungen während der Dauer desselben, oder auf die Anwendung der Arbeits-Ordnungen (§ 2) beziehen, sind bei dem Berggeschworenen zur Ent-

scheidung zu bringen. Gegen die Entscheidung desselben steht den Beteiligten die Berufung auf den Rechtsweg binnen zehn Tagen präklusivischer Frist offen; die vorläufige, dem Berggeschworenen zustehende Vollstreckung wird dadurch nicht aufgehoben.

§ 7. Bergwerks-Eigentümer oder deren Stellvertreter dürfen Arbeiter, von denen ihnen bekannt ist, daß sie schon früher beim Bergbau beschäftigt waren, nicht eher zur Bergarbeit annehmen, bis ihnen von denselben das Zeugniß des Bergwerks-Eigentümers oder Stellvertreters, bei dem sie zuletzt in Arbeit gestanden, vorgelegt ist. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift sind mit einer Geldbuße bis zu 10 Thalern oder im Unvermögensfalle mit verhältnismäßiger Gefängnißstrafe zu ahnden.

§ 8. Die mit der Leitung des Grubenbetriebes zu beauftragenden, sowie die als Steiger oder Aufseher anzustellenden Personen müssen dem Bergamte ihre Qualifikation zu den ihnen zu übertragenden Geschäften nachweisen und dazu durch ein ihnen zu erteilendes Attest für tüchtig anerkannt sein, bevor sie die Stelle übernehmen dürfen. Wird die Leitung des Grubenbetriebes, oder eine Steiger- oder Aufseherstelle einer Person übertragen, welche das erforderliche Qualifikations-Attest nicht besitzt, so ist der Berggeschworene berechtigt, dessen sofortige Entfernung zu verlangen und nöthigfalls befugt, den betreffenden Betrieb so lange einzustellen, bis eine qualifizierte Person angestellt ist.

§ 9. Bergwerks-Eigentümer sind verpflichtet, die für sie beschäftigten Bergleute in baarem Gelde auszulohnen. Sie dürfen denselben keine Waaren creditiren. Dagegen können den Bergleuten Wohnung, Feuerungsbedarf, Landnutzung, regelmäßige Beköstigung, sowie Werkzeuge zur Bergwerks-Arbeit unter Anrechnung bei der Lohnzahlung verabfolgt werden.

§ 10. Die Bestimmungen des § 9 finden auch Anwendung auf Familienglieder, Gehilfen, Beauftragte, Geschäftsführer, Faktoren und Aufseher der Bergwerks-Eigentümer, sowie auf Gewerbetreibende, bei deren Geschäft eine der erwähnten Personen unmittelbar oder mittelbar betheiligt ist.

§ 11. Bergleute, deren Forderungen den Vorschriften der §§ 9 und 10 zuwider anders, als durch Baarzahlung berichtigt sind, können zu jeder Zeit die Bezahlung ihrer Forderungen in baarem Gelde verlangen.

§ 12. Verträge, welche den §§ 9 bis 11 zuwiderlaufen, sind nichtig.

Dasselbe gilt von Verabredungen zwischen Bergwerks-Eigentümern oder ihnen gleich gestellten Personen einerseits und Bergleuten andererseits über die Entziehung der Bedürfnisse dieser letzteren aus gewissen Verkaufsstellen, sowie überhaupt über die Verwendung des Verdienstes derselben zu einem anderen Zwecke, als zur Befriedigung an Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Bergleute oder ihrer Familien (§ 9).

§ 13. Bergwerks-Eigentümer oder deren Stellvertreter, welche ihre Bergleute oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zuständen veranlassen, dadurch zu bestimmen suchen, daß sie sich mit einander verabreden, den Bergwerksbetrieb einzustellen, oder die ihren Forderungen nicht nachgebenden Bergleute zu entlassen oder zurückzuweisen, imgleichen diejenigen, welche zu einer solchen Verabredung Andere auffordern, sollen mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft werden.

§ 14. Bergleute, welche entweder die Bergwerks-Eigentümer, deren Stellvertreter oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zuständen veranlassen, dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Bergwerken verabreden oder zu einer solchen Verabredung Andere auffordern, solchen mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft werden.

§ 15. Bergleute, welche ohne gesetzliche Gründe eigenmächtig die Arbeit verlassen, oder ihren Verpflichtungen sich entziehen, oder sich groben Ungehorsams oder beharrlicher Widerspenstigkeit schuldig machen, sind mit Geldbuße bis zu zwanzig Thalern oder verhältnismäßiger Gefängnißstrafe zu bestrafen.

§ 16. Die auf Grund der §§ 6, 7, 14, 17 festgesetzten Geldstrafen fließen zu der im § 13 bezeichneten Knappschafts-Kasse.

§ 17. Auf das Dienstverhältnis der Arbeiter bei Hüttenwerken, welche unter der Aufsicht der Bergbehörden stehen, finden die §§ 1 bis 5 und 9 bis 18 dieses Gesetzes, bei Hüttenwerken, wo dies nicht der Fall, die Bestimmungen der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 und die dieselbe abändernden und ergänzenden Vorschriften Anwendung.

§ 18. Alle diesem Gesetze zuwiderlaufenden Bestimmungen der Provinzial-Berg-Ordnungen und der allgemeinen Landesgesetze treten außer Kraft. Die Statuten der auf Grund des Gesetzes vom 10. April 1854, betreffend die Vereinigung der Berg-, Hütten-, Salinen- und Aufbereitungs-Arbeiter in Knappschaften (Gesetz-Sammlung Seite 139) gebildeten Knappschafts-Vereine sind mit den Bestimmungen dieses Gesetzes in Uebereinstimmung zu bringen.

Deutschland.

* **Frankfurt, 19. Jan.** In der heutigen Bundestags-Sitzung ist keine der schwebenden großen Fragen zur Verhandlung gekommen. Es wurde eine große Reihe Anträge erstattet und Vorträge gehalten, die aber zum großen Theil kein allgemeines Interesse gewähren. Wir erwähnen: Anzeige Oesterreichs von der Ernennung des Majors Tiller v. Turnfort zum zweiten Bevollmächtigten der Bundes-Militärkommission; Vorlage des Rechenschaftsberichtes (seitens des großherzogl. heßischen Gesandten) über die Verwendung der für Mainz eingegangenen Unterstützungsgelder (über 800,000 Fl.); Anzeige des Todes des Contre-Admirals Brommy in Bremen; Vorlage von militärischen Standeslisten; Vorträge des Militärausschusses über eine in Frankfurt zu errichtende Militär-Schwimmschule, einem neuen Greziersplatz u. s. w. Die von der Militärkommission vor einigen Wochen gestellten Anträge, den Bundeskanzleidienern eine Theuerungszulage zu gewähren, und in Rastatt eine Kommandanturwohnung zu errichten, wurden zum Beschluß erhoben. — Der Vortrag des kurheßischen Ausschusses ist vor 14 Tagen bis 3 Wochen nicht zu erwarten; heute hielt der Ausschuss eine Sitzung. Auch die holländische Angelegenheit ist zur Vorlage noch nicht reif, da über dieselbe noch zwischen Wien und Berlin Separat-Verhandlungen schweben.

Italien.

[Angeblige Geneigtheit Oesterreichs, Venetien zu verkaufen.] Ein Correspondent der „Times“ schreibt derselben unter dem 12. Januar aus Mailand, vor ohngefähr zehn Tagen habe der sardinische Minister des Innern einen Brief von einem Italiener erhalten, welcher irgend einen Posten in Wien oder am österreichischen Hofe bekleide, worin er mittheile, der Kaiser von Oesterreich sei dem Gedanken, auf das venetianische Gebiet gänzlich zu verzichten, keineswegs so abgeneigt, wie man es behauptet habe, und sobald die sardinische Regierung sich deshalb auf Unterhandlungen einlassen wolle, so sei er bereit, den Weg dazu zu bahnen, und er glaube versichern zu können, daß durch diese Unterhandlung Italien bis zum adriatischen Meere frei gemacht werden könne, ohne daß ein Tropfen Blut weiter vergossen zu werden brauche. Der Correspondent verbürgt sich für die Richtigkeit dieser Angaben, kann aber über den Schreiber jenes Briefes nichts Näheres mittheilen. Er erwähnt dann

noch die Gerüchte, welche über diesen Gegenstand verbreitet gewesen seien, namentlich daß der Vorschlag gemacht worden wäre, Oesterreich für das Abtreten von Venetien 400 Mill. Lire zu bewilligen und bemerkt dabei ganz richtig, wie vortheilhaft es in jeder Beziehung für Oesterreich sein werde, sich auf diesen Vorschlag einzulassen, da der Besitz von Venetien jetzt für Oesterreich nur eine kostspielige Last sei und die österreichische Regierung politisch und finanziell in eine viel günstigere Lage komme, sobald sie auf ihren italienischen Besitz gegen eine entsprechende Geldsumme verzichte. Dieser Ansicht wird sicher ein Jeder beistimmen, der die jetzt in Venetien bestehenden Verhältnisse kennt und weiß, mit welchen grenzenlosen Schwierigkeiten Oesterreich dort zu kämpfen hat. Es wird der österreichischen Regierung nie gelingen, die Anhänglichkeit der Bewohner Venetiens zu gewinnen, sondern sie wird in ihnen fortwährend Gegner zu bekämpfen haben, deshalb halten wir die obige Angabe auch keineswegs für unwahrscheinlich, wünschen vielmehr im österreichischen und europäischen Interesse, daß sie sich als wahr herausstellen möge.

Frankreich.

Paris, 19. Januar. [Michael Chevalier.] Die Journale fahren fort, über die neue kaiserl. Handelspolitik sich zu äußern. In dem bereits gestern signalisirten bemerkenswerthen Artikel des „Journal des Debats“ konstatiert Michael Chevalier mit großer Befriedigung, daß der kaiserliche Brief mit den Lehren einer gefunden National-Ökonomie übereinstimmend den Kredit und das Verkehrswesen als die beiden vorzüglichsten Hebel des Fortschrittes der Erzeugung erkennt. Auch sei es dankenswerth, daß die Nachtheile der übertriebenen Reglementirungen endlich eingesehen würden, die selbst die heilsamsten Gedanken der Regierung nicht aufkommen lassen. Am deutlichsten habe sich das bei dem Gesetze über die Drainirung gezeigt. Der Kaiser habe beschloffen, 100 Millionen durch den Staat an die französische Agrikultur vorschießen zu lassen, aber das Reglement verhindere die Ausführung, und das Gesetz bleibe ein toter Buchstabe. Am meisten und den allgemeinsten Beifall werde die Beseitigung der Prohibition finden. Die Nachwelt werde sich nicht genug darüber verwundern können, wie dieses System, welches als eine Kriegsmaßregel eingeführt, gleich nach Herstellung des Friedens wieder aufhören sollte, noch ein halbes Jahrhundert später existiren konnte. Eine Coalition von Privatinteressen habe gegen das Interesse des öffentlichen Wohles, allen Regierungen die Beibehaltung dieser retrograden Anstalt aufdrängen können. Nun das Prohibitionssystem begraben sei, würden unsere Industriellen wissen, daß für sie so gut wie für alle Welt das Grundgesetz das der Verantwortlichkeit sei. Man werde sie noch einige Zeit lang schonen, und da der Kaiser sein Wort gegeben, die Prohibitionsgesetze sollten nicht vor dem Monat Juli 1861 aufgehoben werden, so werde es auch nicht geschehen. Aber ein jeder Industrieller müsse sich schon jetzt sagen, es werde eine Zeit kommen, in welcher er sich selber überlassen sein werde. Die Befreiung des Rohstoffes von Einfuhrabgaben erfülle einen gesetzmäßigen, seit lange gehegten Wunsch unserer Industriellen. Aber die Vortheile des neuen Systems würden vorzüglich — wie das in England auch der Fall gewesen — den Arbeitern zu fluten kommen. Ueberhaupt sei der Gedanke, welcher die kaiserliche Erklärung durchwehe, ein volksthümlicher, wie schon die Verfügung bezüglich des Zuckers und Kaffees beweise. Die Abgaben, welche diese Artikel zu leisten haben, seien in einer Zeit festgesetzt worden, wo diese noch viel theurer gewesen, und vertheuerten sie gegenwärtig zum doppelten, ja zu noch höherem Preise ihres Werthes. Zucker und Kaffee müßten aber, Dank den Fortschritten der Industrie, als Lebensmittel der ersten Nothwendigkeit betrachtet werden. Die in England gemachte Erfahrung habe gezeigt, wie die beabsichtigte Preis-Ermäßigung ohne Schaden für den öffentlichen Schatz angenommen werden könne. — Die demokratische „Opinion nationale“ benutzt dagegen den kaiserlichen Erlass, um ihr Bedauern auszusprechen, daß die Regierung nur an materielle Reformen denke und das Programm mit keiner Sylbe des Elementar-schul-Unterrichts gedenke. Allerdings lasse sowohl der Primär- als insbesondere der Secundär-Unterricht in Frankreich noch viel zu wünschen übrig.

[Was ist die „Friedenssack“?] Abschaffung der Woll- und Baumwollzölle, Auswerfung von weiteren 160 Mill. Franken für Experimente, und Maskirung auch der ferneren Unterlassung der ordentlichen Schuldentilgung, welche doch für die in elf Jahren um 4000 Mill. Franken gewachsene Staatsschuld kein Ding des Ueberflusses wäre, das ist der praktische Inhalt des neuen Programms, welches eine neue Ära des Friedens einzuleiten behauptet! — Der Ton des Programms steht mit dem nüchternen summirten Inhalt desselben offenbar in solchem Widerspruch, daß man ihm die prä-tendirte handelspolitisch-friedliche Bedeutung kaum wird im Ernste beimessen können. Wir halten es für ein ephemeres Mittel der Bonaparte'schen Politik, für eine augenblickliche Spekulation auf Englands öffentliche Meinung, für einen neuen Beweis, welcher seiner politischer Psychologie der Imperator ist.

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 11. Jan. [Dmer Pascha] hat doch im Kampfe mit seinen Gegnern im Ministerium den Kürzeren gezogen. und sitzt als Verbannter in irgend einem anatolischen Neste; wie man sagt, augenblicklich in Arabien. Die Geschichte vom Sturz des stolzen Serdaren ist sonderbar genug. Bekanntlich gaben einige von ihm decretirte Hinrichtungen und andere Uebertretungen seiner Amtsgewalt den Grund ab, den Befehl zu seiner Absetzung auszufertigen, in welchem ihm zugleich ausgedrückt wurde, die Geschäfte und Rechnungen dem Stellvertreter des neuen Gouverneurs, Ahmed Pascha, von Aleppo zu übergeben. Er schrieb an Ahmed Pascha, daß er mit einem Ferik Pascha nicht abrechnen wolle und überhaupt in Bagdad die Regierung nicht übergeben werde; worauf er sich zur Abreise hierher vorbereitete. Auf diesen Brief, den der Pascha von Aleppo nach Konstantinopel sendete, wurde dem Gouverneur von Diarbekir ein Verbannungs-Firman

